



Der Landesschülerbeirat

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Baden-Württemberg



ARGE Tübingen

Gemeinsame Stellungnahme zur Oberstufenreform Geographie und Gemeinschaftskunde in der Kursstufe der allgemein bildenden Gymnasien in Baden-Württemberg

Die für die Kursstufe des allgemein bildenden Gymnasiums ab 2019/20 geplanten Änderungen („Neue Oberstufe 21“) führen zu einer weiteren Schwächung der Fächer Geographie und Gemeinschaftskunde, d.h. gerade jener Schulfächer, die die Basis für das Grundverständnis unserer Gesellschaft, unseres Staates und der hochkomplexen Probleme des 21. Jahrhunderts bilden. Die deutliche Bevorzugung der mathematisch-naturwissenschaftlichen und sprachlichen Fächer in der neuen Oberstufe lehnen wir aus sachlogischen Gründen ab.

- Wir fordern einen durchgehend zweistündigen Unterricht in den Basisfächern Geographie und Gemeinschaftskunde sowie eigenständige mündliche Abiturprüfungen.
- Bei der Wahl der fünfstündigen Leistungskurse empfehlen wir nachdrücklich eine Gleichbehandlung der gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächer mit den Fremdsprachen und Naturwissenschaften.
- Darüber hinaus empfehlen wir eine ernsthafte Beteiligung von Fachverbänden, Schüler/innen und Eltern an ergebnisoffenen Diskussionen über Korrekturen an der „Neuen Oberstufe 21“.

15. Februar 2019

Thomas Rosenthal	Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg im Verband Deutscher Schulgeographen e.V.
Dr. Alexander Wohnig	Vorsitzender des Landesverbands Baden-Württemberg der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V.
Leandro Cerqueira Karst	Vorsitzender des Landesschülerbeirates Baden-Württemberg
Stephan Ertle	Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte im Regierungsbezirk Tübingen
Doro Moritz	Landesvorsitzende der GEW Baden Württemberg
Jürgen Stahl	Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasien der GEW Baden-Württemberg

Informationen zur Stellungnahme im Internet unter:

<https://www.dvpb-bw.de/index.php/positionen/stellungnahme-oberstufenreform>

Ansprechpartner bei Fragen zur Stellungnahme: Dr. Martin Lindeboom, E-Mail: lindeboom@dvpb-bw.de